

22. Abgeordnete
**Sylvia
Kotting-Uhl**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Prozess- und Mandatskosten hat der Bund im Zusammenhang mit dem Schiedsgerichtsverfahren 13. Atomgesetz-Novelle des Internationalen Zentrums zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten (ICSID) (bitte differenziert nach bisherigen tatsächlichen und erwarteten bzw. im Haushalt eingeplanten Kosten titelscharf angeben), und ungefähr wie viel Blatt Papier umfasst der Rechtsstreit inzwischen (bitte möglichst mit thematischer Aufgliederung)?

**Antwort der Staatssekretärin Anne Ruth Herkes
vom 1. November 2013**

Im Zusammenhang mit dem ICSID-Schiedsgerichtsverfahren der Vattenfall Europe AG gegen die Bundesrepublik Deutschland wurden bis zum 29. Oktober 2013 Mittel in Höhe von rund 558 000 Euro für Prozess- und Mandatskosten (Kapitel 09 10 Titel 526 01) verausgabt. Im Haushalt 2013 sind bei Kapitel 09 10 Titel 526 01 Mittel in Höhe von insgesamt 1,6 Mio. Euro veranschlagt; im ersten Regierungsentwurf zum Bundeshaushaltsplan 2014 ist ein Titelantrag in Höhe von 2,2 Mio. Euro vorgesehen.

Hinsichtlich des Umfangs des Rechtsstreits wird auf den aktuellen Bericht zum Fortgang des Verfahrens verwiesen. Dieser ist zur Einsichtnahme durch die Abgeordneten des Deutschen Bundestages in der Geheimschutzstelle des Deutschen Bundestages hinterlegt.